

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonntags.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro  
Quartal incl. Postgebühren. Bestellungen  
nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin S. 69, Urbanstr. 63/1.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
Pro viergeschaltene Zeitspaltzeile 60 Pf.;  
für Bandratsmitglieder 40 Pf.;  
Stellenangebote 20 Pf.; Bekannt-  
machungen 30 Pf.; Rück-  
anzeigen in der Beilage beizufügen.

Nr. 19.

Berlin, den 4. Mai 1913.

29. Jahrgang.

## Gesicherte Existenzen.

Bis zum Ueberdruß kann es die Arbeiterschaft beim Anstrich der gewerblichen Streitigkeiten — vornehmlich bei Lohnforderungen — hören, daß sie eine gesicherte und auskömmliche Existenz habe, während der geplagte Unternehmer oftmals nicht wisse, wo und wie er die wöchentliche Lohnsumme „seiner“ Arbeiter aufbringen soll. Es mag wohl richtig sein, daß einige wenige Arbeiter von einer einigermaßen gesicherten Existenz reden können, daß auch einzelne Unternehmer ständig mit finanziellen Schwierigkeiten rechnen müssen. Doch die zugegebenen Ausnahmen berechtigen noch keinen Menschen zu einer solchen Verallgemeinerung, wie sie gerade nach der hier berührten Seite meistens geübt wird.

Von der Nichtigkeit, aber auch von der Notwendigkeit dieser Einschränkung wird man erneut überzeugt, wenn man die jetzt bekannt gewordenen Abschlüsse zweier großer Unternehmungen aus unserem Berufe kritisch mustert und die Lage der Arbeiter in diesen Betrieben dabei mit berücksichtigt. Die Aktiengesellschaft für Luxuspapierfabrikation Paul Süß in Müggeln bei Dresden gehört zu den Betrieben, die in den letzten Jahren ständig über schlechte Geschäftsergebnisse berichten müssen. Auch für das letzte Geschäftsjahr muß die Gesellschaft das selbe sagen, denn nach dem Geschäftsbericht erzielte die Gesellschaft 1912 einen Nettogewinn von 106 585 Mark. Die Verwaltung schlägt vor, Abschreibungen von 136 242 Mk. vorzunehmen und den sich ergebenden Fehlbetrag von 29 656 Mk. dem Betriebsverweigerungsfonds zu entnehmen. Die Zweigniederlassung in New York wurde aufgegeben, um die Aufkosten einzufrieren. Die dortigen Lagerbestände sind zu verhältnismäßig guten Preisen realisiert worden. Der im Luxuspapierfach herrschende und durch ungünstige Zollverhältnisse in mehreren der hauptsächlichsten ausländischen Absatzgebiete verstärkte Preisdruck sowie die Steigerung der Löhne und teilweise der Rohstoffpreise sollen wesentlich zu dem ungünstigen Ergebnis beigetragen haben.

Wäre nun der oben gekennzeichnete Einwurf der Unternehmer richtig, dann müßte die Arbeiterschaft dieses Betriebes von dem schlechten Abschluß unberührt bleiben. Das Gegenteil jedoch ist in Wirklichkeit der Fall, denn dieser ungünstige Abschluß veranlaßte die Geschäftsleitung zu besonderer Sparsamkeit und wie gewöhnlich war wieder die Arbeiterschaft der leidtragende Teil dabei. 40 bis 50 Kündigungen von Arbeitern und Arbeiterinnen fanden statt, und selbst Mitglieder der Unternehmerchutztruppe — Streikbrecher vom Streik im Jahre 1904 — wurden dabei nicht verschont, und auch vom kaufmännischen Personal mußten etliche — ohne Rücksicht auf die Beschäftigungsdauer — die Stätte ihres seitherigen Wirkens verlassen. Personen sind darunter, die schon 10, 15 und noch mehr Jahre der Firma gedient hatten! Einem unserer Kollegen, der unseren Verband noch immer für ein überflüssiges Gebilde angesehen hätte und der deshalb trotz seiner 60 Jahre einen Wochenverdienst von nur 22 Mk. erhielt, wurde die tröstliche Mitteilung, daß er nur noch Wächterarbeit verrichten könnte, und wenn er für geringeren Lohn arbeiten wolle, könne er bleiben. Sonst . . . Und das, obwohl ihm erst vor kurzem eine Jubiläumsgabe von 50 Mk.

überreicht worden war! — So sieht die gesicherte Existenz der Arbeiter in der Praxis aus.

Ein anderer Fall. Der königl. Universitätsdrucker H. Stürz, M.-G. in Würzburg, war es nach dem Geschäftsbericht möglich, den Umsatz zu steigern, obwohl die Lithographen und Steindrucker des Betriebes im Geschäftsjahr einige Wochen ausgeperrt waren. Die fortgesetzt steigenden Ansprüche der Kundschaft und die in größerem Maße eingehenden Aufträge führten zu abermaliger Vergrößerung des Betriebes. An Neuzugängen wurden für Neueinrichtungen 81 000 Mk. und für einen Erweiterungsbau, der erst Ende Dezember 1912 im Rohbau fertig wurde, eine Teilzahlung von 95 000 Mk. gebucht. Der Rohgewinn der Firma betrug trotzdem noch 324 400 Mk., der Nettogewinn 183 200 Mk. Nach überreichlichen Abschreibungen konnten neben 5 Proz. Dividende noch 74 400 Mk. auf neue Rechnung vortragen werden. Wie die Existenz der Arbeiter in diesem Betriebe aussieht, das zeigt uns am treffendsten der Artikel „Arbeitslosigkeit und Ueberstundenwesen“ in Nr. 17 der „Buchbinder-Zeitung“. Eine uns Unmenschliche gesteigerte Arbeitszeit haben die dort Beschäftigten, die sie über die Unzulänglichkeit der Löhne hinwegjähren soll. Trotz des guten Geschäftsstandes bringt es die Firma Stürz nicht fertig, solche Löhne zu zahlen und eine solche Arbeitszeit gelten zu lassen, die es den Arbeiter ermöglichen würden, neben seiner Eigenschaft als Arbeitstier sich auch einmal als Mensch mit menschlichen Bedürfnissen fühlen zu können. Rastlos, vom frühesten Morgen bis in die finstere Nacht, muß er tätig sein, um dem Unternehmer gute Gewinne zu erarbeiten. Auch die Firma Stürz ist ein Betrieb, der dem Arbeiter angeblich eine gesicherte Existenz bietet, wenn er zufrieden bleibt und keinen Anteil nimmt an den Emanzipationsbestrebungen seiner Arbeitsgenossen. Wie trügerisch aber diese Voraussetzung der gesicherten Existenz ist, das zeigen deutlich die Entlassungen in der oben erwähnten Firma Süß. Hat der Arbeiter seine „Pflicht“ dem Unternehmer gegenüber getan, hat er unter Umständen seine Arbeitsbrüder im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen verraten, hat er jahrelang zu den denkbar niedrigsten Löhnen gearbeitet, in unmenschlich langer Arbeitszeit seine Kräfte aufgegeben, dann ist es mit der Unternehmerfreundschaft aus und vorbei. Der ausgebeutete Arbeiter hat seine Dienste getan, er muß verschwinden und mag dann zusehen, wie er weiter kommt. Das ist die gesicherte Existenz, die das Unternehmertum den Arbeitern bietet.

## Die soziale Belastung der Produktion.

K. Es ist ein bekannter Trick der Unternehmer, immer wieder auf die sozialpolitische Belastung der Industrie hinzuweisen. Bei jeder Gelegenheit plärren sie dieses Lied, am lautesten dann, wenn irgendein Fortschritt der Sozialreform in Sicht ist oder von den Arbeitern gefordert wird. Der lange Stillstand in der sozialpolitischen Gesetzgebung hat die Unternehmer verwöhnt und sie glauben nun — oder tun wenigstens so —, als ob dieser Zustand weiterhin so bleiben müsse. Sie bilden sich ein, daß es genüge, wenn sie ihrerseits behaupten, daß die Industrie eine Steigerung der sozialen Belastung nicht mehr ertragen könnte. Ihre Behauptung auch zu beweisen, fällt ihnen nicht ein. Dabei stellen sie

die Sache so dar, daß eine Zurechtweisung der Öffentlichkeit herauskommen muß. Sie legen nämlich nicht bloß die sozialpolitischen Lasten, die die Gesetzgebung ihnen und den Arbeitern auferlegt, sowie die freiwilligen Aufwendungen und überdies noch einen Teil der Steuern in Beziehung zum (künstlich verkleinerten!) Nettogewinn. Der sich ergebende, anscheinend hohe Prozentfuß wird dann als ein „Beweis“ der Heberlastung der Industrie hingestellt, und — das Kunststück ist vollbracht! — Sie rechnen alles mögliche als sozialpolitische Lasten auf, lassen den Nettogewinn verschwinden und jammern dann darüber, daß letzteres geschehen sei, obwohl dieses Verschwinden gar nicht im ursächlichen Zusammenhang mit der Belastung durch die Sozialreform steht.

Zweifelsohne begreift und bewirkt eine jede soziale Gesetzgebung, da sie mit direkten Ausgaben einer Produzentengruppe verknüpft ist, gewisse Verschiebungen in der Verteilung des volkswirtschaftlichen Gesamtprodukts. Aber dieser Prozeß wird von den Unternehmern mit voller Absicht verheimlicht und vereitelt, ganz abgesehen davon, daß sie die durch die Sozialpolitik herbeigeführte Förderung der Produktion gänzlich verschweigen. Denn die sozialpolitische Belastung ruht ja nicht auf dem Gewinn derart, daß die sozialpolitischen Abgaben (und Steuern!) von einem imaginären (eingebildeten, erdichteten) Bruttogewinn abgezogen werden, so daß sich nachher ein Nettogewinn ergibt; sondern jene Leistungen sind eines der vielen Momente, welche beim Produktionsprozeß vom Unternehmer berücksichtigt werden müssen, deren vereintes Zusammenwirken über die Bruttoausgaben und -nahmen entscheidet.

So sind die Ausgaben für die soziale Versicherung, mit welchen ja die Unternehmer in erster Linie immer parodieren, im Wesen nichts anderes als die Ausgaben für Löhne der Arbeiter, für Gehälter der Angestellten, für die Amortisation des Betriebskapitals, Anlauf von Rohmaterialien usw. Und wie es auch absurd erscheinen würde, einen dieser Posten in Beziehung zum Gewinn zu bringen und aus den erschreckenden Prozentziffern, welche sich ermitteln ließen, den Ruin der Industrie vorauszusagen, ebenso albern muß es erscheinen, gerade den einen Posten der sozialen Belastung mit dem Nettogewinn zu vergleichen. Ja, man kann nicht einmal sagen, daß das Verhältnis zu den Bruttoausgaben, also zu den Produktionskosten, einen genauen Maßstab für die sozialpolitische Belastung abgibt, weil möglicherweise eben diese „Belastung“ eine Verabminderung anderer Ausgaben, also eine rationellere Betriebsführung zur Folge gehabt haben kann und in den meisten Fällen auch gehabt hat.

Man kann hier überhaupt nur deshalb von einer spezifischen „Belastung“ (vom Unternehmerstandpunkt aus) sprechen, weil der Staat, der durch seine Gesetzgebung in die Produktion eingreift, scheinbar einen neuen Produktionsfaktor schafft und der Höhe nach bestimmt. In Wirklichkeit hat sich die Zahl der sachlichen Produktionsfaktoren nicht vermehrt. Wenn das für die Industrie eine Gefahr sein soll, dann müßten auch andere Zuwachsziffern der Ausgaben die Industrie gefährden, zum Beispiel die wachsenden Ausgaben für Klame, für Steuern, für Rohstoffe und dergleichen. Zwar beklagen sich die Industriellen — und zum Teil recht — auch über die Zunahme dieser Ausgaben, aber es ist doch merkwürdig, daß sie gerade die sozialpolitischen Aufwen-

dungen am allermeisten bekämpfen. Sind etwa die Leistungen für „ihre Arbeiter“ weniger wichtig als die für den Staat und die Rohstofffabrikanten? Die Haltung der Industriepolitiker ist jedenfalls höchst merkwürdig und verdient es, psychopathologisch untersucht zu werden. Denn wenn sie die Arbeit ihrer „Hände“ derart bagatelisieren, nach welchem Maßstab messen sie dann die des Staats oder die der Eisen-, Kohlen-, und sonstigen Rohstofflieferanten? Jedenfalls beachten sie nicht, daß zwischen Meingewinn und sozialen Lasten kein ursächlicher, überhaupt kein gegenseitiger Zusammenhang besteht; es wird nicht einmal der Nachweis versucht, daß die sozialpolitischen Lasten (und zwar vornehmlich der Arbeiterversicherung) rascher gewachsen sind als die übrigen Konsumelemente. Würde dies geschehen, dann läme man zu einem ganz anderen Resultat — was allerdings den Unternehmern nicht in den Kram passen würde. Dann würde sich auch herausstellen, daß speziell die Ausgaben für die Arbeiterversicherung keine Belastung für die Unternehmer — die sich in ihrer Bescheidenheit mit der Industrie identifizieren — bedeutet. Ebensovienig wie etwa die Aktionäre und andere Profitgläubiger ihre Zinsen und Dividenden erarbeiten, verdienen sie die Unternehmerbeiträge zur Arbeiterversicherung. Was die Herren da bezahlen, ist nur ein Teil des den Arbeitern vorenthaltenen Lohnes. Die Versicherungsprämien gehören einfach zu den Produktionskosten, genau so wie die Löhne, die Gehälter, die Steuern, die Kosten des Rohmaterials, der Maschinen und anderes. Sie werden bei der Stallulation mit veranschlagt und erscheinen nachher wieder im Verkaufspreis. Diese Ansicht wird bestätigt durch eine Notiz in der „Leipziger Volkszeitung“, in der aus einem Schreiben einer leider nicht genannten großen Geschäftsbüchereifabrik der folgende Satz zitiert wird:

Infolge der steigenden Arbeitslöhne und Gehälter, der Anforderungen an die Krankenkasse, Invaliditäts- und Altersversicherung sowie der Ausgaben für die neue Angehörtenversicherung usw. war ich gezwungen, sämtliche Bücher neu zu berechnen und bei den Preisen, die seit Jahren unverändert geblieben, einen Ausgleich herbeizuführen.

Das wird die Geschäftsbüchereifabrik natürlich nicht abhaken, zur geeigneten Zeit doch wieder von der starken Belastung der Unternehmer durch die Arbeiterversicherung zu reden.

Eine ökonomisch zulässige Beziehung gibt es nur zwischen den sozialen Lasten und dem Gesamtwert der Produktion. Wird dieses Verhältnis untersucht, so zeigt sich, daß trotz der Steigerung der sozialpolitischen Lasten diese im Vergleich zum Gesamtwert der Produktion keine erhebliche Erhöhung erfahren haben, zumal auch alle anderen Elemente der Produktionskosten und der Warenpreis selbst dauernd gestiegen sind; ferner, daß die Schwankungen in den Löhnen (die durchaus nicht immer Erhöhungen sind) und die Schwankungen in den allgemeinen Preisen viel bedeutender sind als die Schwankungen in den sozialpolitischen Aufwendungen.

Aber davon reden die Unternehmer begreiflicherweise nicht! Sie wissen wohl, warum. Immer wieder gerren sie diese „Last“, als ob sie von ihnen allein zu tragen wäre, hervor und beziehen sie auf den zurechtgestuften Meingewinn. Nebenbei bemerkt, ist derselbe auch samt den Rücklagen und „stillen“ Reserven keine geeignete Vergleichsbasis, weil in vielen Industriezweigen oft die Nebenprodukte für den Geschäftserfolg der Gesamtunternehmung entscheidend sind und daher gleichfalls berücksichtigt werden müssen.

Bekanntlich wollen die Agrarier ihren überragenden Einfluß im Staate mit dem Produktionswerte der landwirtschaftlichen Erzeugnisse begründen, wobei sie sich die lächerlichsten Hebertriebungen und Entstellungen leisten. Ihnen gegenüber lassen die Industriellen richtige Ziffernsäulen aufmarschieren, um die Bedeutung ihrer Produktion zu illustrieren, wobei den Arbeitslöhnen eine hervorragende Rolle zufällt.

Kurz und gut: die Zahlenpielereien der Scharfmacherpresse können höchstens auf denkfaule Köpfe Eindruck machen. Denkende Arbeiter werden genau das für und Wider, das Wohin und Woher abwägen und zu dem Schluss kommen, daß von einer Heberlastung der Industrie durch die Lasten der sozialen Fürsorge nicht gesprochen werden kann.

Im Gegenteil: gerade die sozialpolitisch gestärkte Arbeiterschaft hat die riesige Entwicklung der Industrie erst ermöglicht und herbeigeführt.

### Meine Erfahrungen in der christlichen Gewerkschaft.

Ueber dieses Thema sprach in der letzten Versammlung der Zählstelle München Kollege H. Müller. Schon die Anfindigung des Referates hat weit über die Kreise unserer Verbandsmitglieder hinaus Interesse erregt. Das ist in der Hauptsache auf die Person des Referenten zurückzuführen, der vor seinem Uebertritt zu unserer Organisation Vorsitzender der Zählstelle München des christlichen Graphischen Zentralverbandes war und den man außerdem auch schon zum zweiten besetzten Beamten (Sekretär) dieser Organisation gewählt hatte.

Müller betonte eingangs seiner Ausführungen, daß er sich von keinerlei persönlichen Motiven leiten lasse. Nachdem er aus Ueberzeugung zum Deutschen Buchbinderverband übergetreten sei, halte er es für seine Pflicht, die Erfahrungen, die er bei dem christlichen Verband gemacht habe, zum besten zu geben und insbesondere zu zeigen, wie es dort mit der politischen und religiösen Neutralität bestellt sei, mit der man immer so renommierte. Der Redner führte nun folgende Tatsachen an:

Im Herbst 1910 hielt der Geistliche Dr. Müller, der Generalsekretär des katholischen Presbiteriums und Redakteur des ultramontanen „Münch. Tagblatt“ ist, im christlichen Graph. Zentralverband in München einen Vortrag über das Thema: „Der katholische Presbiterium“. Dr. Müller erörterte Zweck und Ziele des katholischen Presbiteriums und forderte in den Gewerkschaften zum Beitritt zu dieser politischen Organisation auf. Vorsitzender in dieser Versammlung war Herr Josef Wächter, Gauleiter und Zentralvorstandsmitglied.

Am 26. August 1911: In der Zählstelle München des christlichen Verbandes hält Rechtspraktikant Weber einen Vortrag über das streng gewerkschaftliche Thema: „Die politischen Verhältnisse in Alt-München!“

Am 4. November 1911: In der Zählstelle München des neutralen christlichen Verbandes spricht Rechtspraktikant Weber über: „Die religiösen Verhältnisse in Alt-München“. Dieses Referat gipfelte in einer Glorifizierung der katholischen Kirche und der Mutter Gottes, was man Schonung der Gefühle etwaiger protestantischer Mitglieder nennt. Da Müller gegen derartige Befindungen der Neutralität protestierte, beschränkte sich Herr Weber darauf, seine beiden Vorträge nur noch im katholischen Volks- und Arbeiterverein zu halten.

Am 16. Dezember 1911: Kurz nach Schluß der Versammlung des politisch neutralen christlichen Verbandes wurde unter den Mitgliedern Geld für das Zentrum gesammelt zur Bekämpfung des „Rothlochs“. Eingegangen sind 8-9 Mk. Der damalige Vorsitzende Schmid ließ in der Zentrumspresse öffentlich quittieren mit einem Vers gegen den „Rothloch“.

Die christliche Presse hat seinerzeit große Entzürnung produziert, weil freie Gewerkschaften Erhebungen angestellt hätten, welche ihrer Mitglieder auf die Arbeiterpresse abonniert waren. Das wurde als Verletzung der politischen Neutralität bezichnet. Vor den letzten Gewerbegerichtsverfahren gab aber das christliche Ortskartell in München Fragebogen heraus, auf denen auch die Auskunft gefordert wurde: Welche Tagespresse lesen Sie? So wurde nach Reuten gefahndet, die nicht Abonnenten der Zentrumspresse waren.

Die Adressen von in München zugereisten Buchbindern erhielt der christliche Verband vom Sekretariat der katholischen Arbeitervereine in München, das sie aus den Polizeilisten abschrieb. Der christliche Verband war also indirekt Kostgänger der Polizei.

Die statistischen Angaben der christlichen Gewerkschaften sind seit jeher mit großem Mißtrauen aufgenommen worden. Wie berechtigt diese Voricht ist, zeigte Müller an folgenden Beispielen: Nach den Jahresberichten des christlichen Graphischen Zentralverbandes betrug dessen Mitgliederzahl im Jahre 1907: 1409, im Jahre 1909: 1469, im Jahre 1910: 1527 und im Jahre 1911: 1737. Nach Aussage des Verbandsvorsitzenden Hornbach waren jedoch bei seinem Amtsantritt im Jahre 1907 nicht 1409, sondern nur 900 Mitglieder vorhanden, d. h. mehr als ein Drittel der Mitglieder stand nur auf dem Papier. Und während für 1910 1527 Mitglieder angegeben wurden, waren es im Juli 1911 erst 1480. Von dem heutigen Mit-

gliederstand sind nach einer Schätzung Müllers etwa 900 Angehörige der Buchbinderbranche, der Meist verteilte sich auf die Papierarbeiter, Streifenbrücker, Lithographen, Chemigraphen, Tapetendrucker, Farbendreier usw. Nach dem Adressenverzeichnis (Ausgabe Herbst 1911) hatte der christliche Verband 58 Zählstellen und Vertrauensmannschaften. In der Abrechnung für das 4. Quartal 1911 erschienen jedoch nur 42 Zählstellen und Vertrauensmannschaften. Die „Zählstelle“ der Reichshauptstadt Berlin rechnete im 1. Quartal 1911 mit 7.833 Mk. und die „Zählstelle“ Leipzig mit 5.55 Mk. ab. Demnach konnte man die Mitgliederzahl dieser beiden Zählstellen an den Fingern einer Hand aufzählen.

In dem Jahresbericht des christlichen Ortskartells München für 1911 seien verschiedene Ortsgruppen mit viel zu hohen Mitgliederzahlen aufgeführt worden. So habe man vor allen Dingen einem Verband, der infolge einer bekannten Affäre viel Mitglieder verloren hatte, gleich einige hundert Mann vorjubelnde zugelegt. Der christliche Sekretär habe dies mit der Bemerkung zu rechtfertigen versucht, man hoffe, daß sich im nächsten Jahre die Mitgliederzahl einer Hand aufzählen werde.

Welches Vertrauen der christliche Graphische Zentralverband bei seinen Mitgliedern genieße, könne man an einem Antrag der Zählstelle Donaauwörth (Bayern) an den Verbandstag in Münster erkennen. Dieser Antrag verlangte nichts mehr und nichts weniger, als den gemeinsamen Uebertritt zum Deutschen Buchbinderverband! Freilich wurde der Antrag weder publiziert, noch kam er in Münster zur Verhandlung. Und wie man hört, sind die Kollegen in Donaauwörth ganz wehleidig angeblaffen worden. . . .

Sobiel aus dem interessanten Referat des Kollegen Müller, das mit verdientem Beifall aufgenommen wurde. Wir haben bereits erwähnt, daß dieser Vortrag großes Interesse gefunden hat. Das gilt besonders für die Rader des christlichen Verbandes, die, als sie die Anfindigung lasen, so neugierig wurden, daß sie am liebsten an den Händen hinaufgelaufen wären. Unser Vorsitzender wurde von ihnen sogar eines Handschreibens gewürdigt. Der christliche Gauleiter Wächter ersuchte ihn nämlich schriftlich um Zulassung zu unserer Versammlung, der er dann ein Gegenreferat zu erstaten versprach unter dem Titel: „Unsere Erfahrungen mit Herrn Müller“. Mit Rücksicht auf das Verhalten der Christlichen wurde aber der angekündigte Besuch abgelehnt. Als nämlich vor einiger Zeit Herr Hornbach in der Münchener Zählstelle seines Verbandes einen Agitationsvortrag hielt, bot einer unserer Verbandskollegen um Zulassung zu der Versammlung. Das wurde jedoch durch einstimmigen Beschlusses abgelehnt. Herr Wächter kann sich also sicher nicht beklagen. Im übrigen hat ihm Müller folgenden Brief geschrieben:

„Nachdem Sie Ihr Interesse an meinem Referat: „Meine Erfahrungen im christlichen Gewerkschaftslager“ durch Ihr Schreiben und durch die „Graphische Stimme“ kundtun lassen, beziele ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich zu jeder Zeit sehr gerne bereit bin, in aller Offenlichkeit mit Ihnen in eine Diskussion einzutreten. Um mir hierzu die Möglichkeit zu geben, gestatte ich mir, Ihnen folgenden Vorschlag zu machen: 1. Berufen Sie eine Versammlung ein, zu der alle Berufsangehörigen zugelassen werden. 2. Referieren Sie dann über: „Unsere Erfahrungen mit H. Müller“. 3. Gewähren Sie mir eine Stunde Redezeit. 4. Geben Sie freie Diskussion.“

Nun wird sich zeigen, ob Herr Wächter die Gelegenheit benutzen wird, seine Erfahrungen zum besten zu geben. Voraussetzung ist natürlich auch, daß die Versammlung ihr Bureau selbst wählt!

### Korrespondenzen.

Gesperrt sind:

- Deutschland.
  - Arnstadt (Firma Busch u. Tölle).
  - Breslau (Firma M. Kragen u. Co.).
  - Grünstadt (Firma Schäffer).
  - Hagen i. W. (Firma Schlegel und v. d. Heyden).
- Belgien (infolge des Generalstreiks).

Vor Arbeitsannahme nach nachverzeichneten Orten oder Betrieben ist besondere Erkundigung bei den örtlichen Bevollmächtigten notwendig:

- Deutschland.
  - Minden (Buchbinder).
  - Chemnitz (Buchbinder).



# Bekanntmachung des Vorstandes.

Gemäß § 63, Absatz 4, des Statuts bringen wir nachstehend die **Anträge zum Verbandstag** zur Kenntnis der Mitglieder. Anträge, die das **Weibehalten** des jetzigen Zustandes bezwecken, sind nicht aufgenommen worden.

## Der Vorstand.

# Anträge zum 12. Verbandstag.

## A. Anträge zum Statut.

### Beitritt.

1. **Verbandsvorstand.** § 3 soll eingangs lauten: Alle dem Verband **Beitretenden**, mit Ausnahme solcher männlichen, welche während der Lehrzeit und innerhalb vier Wochen nach derselben beitreten usw.

2. **Hamburg-Altona.** § 3 soll besagen: Männliche und weibliche Personen, soweit ein festes Lehrverhältnis vorliegt, sind vom Eintrittsgeld befreit.

3. **Gau 16/17 u. a.\*.** § 3 soll besagen: Lehrlinge und jugendliche Arbeiterinnen unter 16 Jahren sind vom Eintrittsgeld befreit.

4. **Stuttgart.** § 3. Der Schlusssatz: „Wiederholt Eintretende, welche wegen Nesten gestrichen sind, haben das doppelte Eintrittsgeld zu zahlen“, ist zu streichen.

### Beitrag.

5. **Verbandsvorstand.** § 7, Absatz 1. Der wöchentliche Beitrag ist im Voraus zu entrichten und beträgt in:

	Klasse				
	I	II	III	IV	V
	20 Pf.	40 Pf.	50 Pf.	80 Pf.	—
6. <b>Berlin (Geschäftsbuchbranche), Düsseldorf.</b>	25	40	50	80	—
7. <b>Stettin.</b>	20	35	55	85	—
8. <b>Leipzig.</b>	25	40	55	85	—
9. <b>Eisenach, Erfurt.</b>	20	35	50	80	100 Pf.
10. <b>Braunschweig, Wittenberg.</b>	25	40	50	80	100
					mit Inhabitenbeitrag

11. **Kunath-Brandenburg.** Es soll eine 5. Beitragsklasse eingerichtet werden.

12. **Freiburg i. B.** Den Staffelbeiträgen ist eine für alle Beitragsklassen gleichmäßige prozentuale Verdienstbesteuerung zu Grunde zu legen mit dem Festhalten an den jetzigen Unterstützungsjahren. Des weiteren ist eine fünfte Beitragsklasse mit entsprechender Gegenleistung in Erwägung zu ziehen. Die prozentuale Besteuerung soll für alle fünf Klassen 2 1/2 Prozent betragen und folgende Verdienstgrenze haben:

I. Klasse bis zu einem Wochenverdienst v. 10 Mk. 2 1/2 Proz. = 25 Pf. Wochenbeitr.
II. " " " " " 18 " 2 1/2 " = 40 " "
III. " " " " " 26 " 2 1/2 " = 65 " "
IV. " " " " " 32 " 2 1/2 " = 80 " "
V. " " " " " 40 " 2 1/2 " = 100 " "

Die angegebene Verdienstgrenze ist für jede Beitragsklasse voll zu versteuern; den Mitgliedern niedriger Beitragsklassen steht es frei, in eine höhere Klasse zu steuern. Wesentliche Lohn erhöhungen, die eine oder die andere Verdienstklasse erreichen, bedingen den Uebertritt in die nächste Beitragsklasse.

13. **Dresden.** Sollte der Verbandstag einer Erhöhung der Beiträge für die erste Klasse zustimmen, so ist an dieser Stelle eine andere erste Klasse einzuführen mit geringerem Beitrag. Diese Klasse soll nicht lediglich den Jugendlichen, sondern auch älteren, ganz minimal verdienenden Berufsangehörigen (z. B. altersschwachen oder Hausarbeiterinnen) zugänglich sein. Nur für diese eine Klasse soll eine Verdienstgrenze (vielleicht 6—8 Mk.) festgesetzt werden, so daß für die anderen Klassen (außer der 2. für männliche Mitglieder) der Eintritt ein freiwilliger bleibt.

14. **Verbandsvorstand.** § 7, Absatz 2, den weiblichen Mitgliedern, deren Verdienst 12 Mk. pro Woche im Durchschnitt nicht übersteigt, steht es frei, in der 1. oder 2. Beitragsklasse zu steuern, während alle weiblichen Mitglieder, die mehr wie 12 Mk. pro Woche verdienen, der 2. Beitragsklasse angehören.

Den männlichen Mitgliedern, deren Verdienst 22 Mk. pro Woche im Durchschnitt nicht übersteigt, steht es frei, in der 3. oder 4. Beitragsklasse zu steuern, während alle männlichen Mitglieder, die mehr wie 22 Mk. pro Woche verdienen, der 4. Beitragsklasse angehören.

In der 1. Beitragsklasse können auch jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren und Lehrlinge und in der 2. Beitragsklasse solche männlichen Mitglieder steuern, die nicht über 15 Mk. pro Woche verdienen.

15. **Gau 2 und Königsberg.** Die Zugehörigkeit zu den verschiedenen Beitragsklassen soll nach dem Verdienst geregelt werden und zwar sind die Beitragsklassen auf Grund des Wochenlohnes in folgender Weise abzugrenzen, wobei Beitragsleistung in höheren Klassen zulässig sein soll.

\*) Die mit der Bezeichnung „Gau 16/17 u. a.“ versehenen Anträge sind auf dem gemeinsamen Gau-tag der Gauen 16 und 17 beschlossen. Infolge Verendung der Anträge an alle Zahlstellen haben die nachfolgenden diese Anträge ausdrücklich zu den übrigen gemacht: 1. Die bayerischen Zahlstellen Erlangen, Kaufbeuren, München, Nürnberg-Fürth, Regensburg, Schweinfurt und Würzburg. 2. Die außerbayerischen Zahlstellen Bremen, Eisen-Nuhr, Dessau, Glogau, Hanau, Jena und Solingen-Wald. Wir geben das hier insgesamt an, um die Namen aller dieser Zahlstellen nicht bei jedem in Betracht kommenden Antrag wiederholen zu müssen.

Klasse	Weibliche Mitglieder					Männliche Mitglieder				
	I	II	III	IV	V	I	II	III	IV	V
	bis 10 Mk.	über 10 Mk.	bis 15 Mk.	über 15 Mk.	bis 20 Mk.	bis 25 Mk.	über 25 Mk.	bis 30 Mk.	über 30 Mk.	bis 35 Mk.
(Gau 2 und Königsberg)	9	9	—	15	15	24	—	—	—	—
16. <b>Hamburg und Gau 5</b>	12	12	—	15	15	24	—	—	—	—
17. <b>Halberstadt</b>	12	12	—	18	18	24	—	—	—	—
18. <b>Düsseldorf</b>	12	12	—	18	18	25	—	—	—	—
19. <b>Magdeburg</b>	14	14	—	—	—	24	—	—	—	—
20. <b>Gau 16/17 u. a.</b>	12	12	12	15	15	24	—	—	—	—
21. <b>Bremen</b>	12	12	12	16	16	25	—	—	—	—
22. <b>Erfurt</b>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30
23. <b>Braunschweig</b>	12	12	—	15	15	24	30	—	—	—

24. **Weichelt-Dresden.** Für den Eintritt in die einzelnen Beitragsklassen ist vom Verbandstag eine Verdienstnorm festzulegen. Es steht jedoch jedem einzelnen frei, in eine höhere als die ihm zustehende Klasse zu steuern.

25. **Köln.** Die weiblichen Mitglieder sollen die Beitragsleistung auch in der jetzigen dritten Beitragsklasse gestattet sein.

26. **Stuttgart und Eiserberg.** In § 7, Absatz 3, ist der Schlusssatz zu streichen und dafür zu setzen: Verloren gegangene Marken werden, soweit sie durch Kassenbücher nachzuweisen sind, als bezahlt abgestempelt und mit aufgerechnet.

27. **Verbandsvorstand.** § 7, Absatz 4, soll lauten: Für die Zeit, während der ein Mitglied arbeitslos oder krank ist, dürfen Beiträge nicht entrichtet werden. Für die in Betracht kommenden Wochen sind — ganz gleich ob Unterstützung bezogen wird oder nicht — beitragsfreie Marken zu verwenden, die regelmäßig jede Woche ins Mitgliedsbuch einzulegen sind. Auf der Reise befindliche Mitglieder haben die beitragsfreien Marken bei den von ihnen berührten Zahlstellen zu entnehmen.

28. **Berlin.** § 7, Absatz 4 soll eingangs lauten: Während der Dauer der Krankheit, nachweisbarer Arbeitslosigkeit oder Reise dürfen Beiträge nicht geleistet werden.

29. **Verbandsvorstand.** § 7, Absatz 5, soll lauten: Streikenden und gemahregelten Mitgliedern, welche aus Verbandsmitteln Unterstützung beziehen, ist, sofern diese vor Beginn des Streiks bzw. der Maßregelung noch nicht 52 Wochenbeiträge geleistet hatten, der volle Verbandsbeitrag am Schluß jeder Woche von der Streik- bzw. Maßregelungsunterstützung in Abzug zu bringen.

30. **Hamburg-Altona.** § 7, Absatz 7, ist anzufügen: Diese Frist kann auf Antrag gegen eine Leistung von 5 Wochenbeiträgen erneuert werden.

31. **Verbandsvorstand.** § 7, Absatz 7, soll lauten: Weibliche Mitglieder, die ihrer Beschäftigung oder Familienverhältnisse wegen gezwungen sind, ihre Beschäftigung zeitweise aufzugeben, können, wenn sie mindestens 52 Wochen dem Verbands angehört und 52 Beiträge geleistet haben, bis zu zwei Jahren von der Beitragsleistung entbunden werden. Bei wiederholter Abmeldung müssen seit der letzten Beitragsbefreiung von neuem mindestens wieder 26 Beiträge geleistet sein.

32. **Magdeburg.** In § 8, Absatz 3, ist einzufügen: Die zu beziehende Unterstützung hat, nachdem 52 Wochenbeiträge in der höheren Klasse geleistet sind, mindestens die gleiche Höhe wie die zuletzt in der niederen Klasse bezogene.

### Extraktsteuer.

33. **Berlin (Geschäftsbuchbranche).** Dem § 9 ist anzufügen: Bei einer allgemeinen Aussperrung ist der Verbandsvorstand berechtigt, eine Extraktsteuer auszusprechen, welche die von der Aussperrung nicht betroffenen Mitglieder verpflichtet, bis zu 5 Prozent ihres Lohnes zur Unterstützung der Aussperrten an die Verbandskasse abzuführen.

34. **Berlin.** Dem § 55 ist anzufügen: In Zahlstellen, in welchen durch Abstimmung eine Extraktsteuer zur Bekämpfung örtlicher Ausgaben beschlossen wird, sind die Mitglieder verpflichtet, dieselbe zu leisten.

### Jugendorganisation.

35. **Mathenow, Gau 16/17 u. a.** Indem unser Beruf immer mehr mit jugendlichen Arbeitkräften durchsetzt wird, ist eine Jugendklasse mit 20 Pf. Verbandsbeitrag pro Woche zu schaffen. Die Unterstützungseinrichtungen sind in Verhältnis zur Beitragsleistung festzulegen. Aufgenommen werden in diese Klasse nur Lehrlinge und jugendliche Arbeiterinnen unter 16 Jahren. Mit Eintritt des 16. Lebensjahres haben die Arbeiterinnen spätestens am Quartalschluß, in dem das genannte Lebensalter erreicht wird, in die erste Beitragsklasse überzutreten.

36. **Wittenberg.** Es ist eine Jugendklasse mit 15 Pf. Beitrag pro Woche zu schaffen.

37. **Braunschweig.** Es ist eine Jugendklasse mit einem wöchentlichen Beitrag von 10 Pf. einzurichten.

38. **Hamburg-Altona.** Es ist eine Lehrlingsklasse mit 10 Pf. Wochenbeitrag einzurichten, wofür eine Krankenunterstützung zu gewähren ist.

39. **Effen (Nuhr).** Beim Uebertritt von der Jugendklasse in eine höhere Beitragsklasse werden die in der Jugendklasse geleisteten Beiträge als volle Beiträge in der Klasse angerechnet, in die das Mitglied übertritt.

40. **Leipzig.** Der Agitation unter den auslernenden Lehrlingen und jugendlichen Arbeiterinnen ist vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen, insbesondere ist durch Veranstaltung von besonderen Versammlungen und Verbreitung von eigens zu diesem Zwecke geschriebenen Flugblättern Propaganda zu entfalten.

41. **Grimm-Hamburg.** Jede Zahlstelle ist verpflichtet, fachliche Unterabteilungen einzurichten, an welche eventuell Jugendabteilungen anzuschließen sind. Zweck und Ziele dieser Unterabteilungen sollen insbesondere sein: Theoretische Belehrung auf allen Gebieten unseres Berufes; Aufklärung über die grundsätzlichen Bestrebungen der Gewerkschafts- respektive Arbeiterbewegung.











**Deutschland.**  
**Wirtz** (Firma Rosenbergs; Aufschluss gibt der Gauobermachtigte in Frankfurt am Main).  
**Norwegen.** (Infolge angedrohter Aussperrung.)  
**Rumänien.** (Infolge angedrohter Aussperrung.)  
**Schweiz.**  
**Chur-Davos** (Buchbinder).  
**Luzern** (Buchbinder).

**Krassadt.** In der Firma Busch u. Tölle ist es gleich nach eingereichter Kündigung zur Arbeitsentlassung gekommen, weil die in Kündigung sieben den gröslich beleidigt wurden. Die Arbeitsniederlegung geschah in Abwesenheit unseres Verbandsvorsitzenden Mloth, der in Göttinge zu tun hatte. Er eilte sofort nach Krassadt zurück und hatte mit der Firma Busch u. Tölle eine einträgliche Unterhandlung. Er schlug vor, das Gewerbeamt als Einigungsamt anzurufen, doch konnte sich die Firma noch nicht dazu entschließen.

In den Streit sind 30 Kollegen und Kolleginnen getreten. Es gilt vor allem den Zugang fernzuhalten, was besonders unter Hinweis auf die sehr aufbesserungsbedürftigen niedrigen Löhne geschehen muß, die bei den Arbeiterinnen bis auf 4,50 Mk. und bei den Gehilfen bis auf 16 Mk. heruntergehen. Der höchste Gehilfenlohn beträgt 24 Mk. für sehr tüchtige Arbeiter, die sieben Jahre im Geschäft tätig sind. Das muß anders werden, möchte es Kojen, was es wolle!

**Leipzig.** In der Spamerischen Buchbinderei ist ein neuer Geschäftsführer eingezogen und er hat es verstanden, sich binnen wenigen Tagen vollständig mit dem Personal zu überweisen. Ganz besonders hat dazu das von ihm zur Einführung gekommene Abwärtssystem beigetragen. Und da des weiteren auch noch Lebstatt über unangemessene Behandlung Beschwerde geführt wurde, ist es nicht weiter zu verwundern, wenn sich die Kollegen und Kolleginnen eines schonen Tages zusammenfanden, um über Abwehrmassregeln zu beraten. Als erste derartige Massregel wurde die Anrufung des Tarifschiedsgerichts beschlossen, damit dieses darüber befände, ob verschiedene mangelhafte Arbeiten auf das Konto der Gehilfen gesetzt werden können. Das Schiedsgericht entschied in drei Fällen zugunsten der Gehilfen, in einem Falle wurde ein Vergleich angebahnt und ein weiterer blieb zunächst unentschieden, weil das vorliegende Material nicht ausreichend erschien. Immerhin wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß zunächst eine Schuld der Gehilfen nicht festgestellt werden könne. Als logische Folge hätte man nun erwarten dürfen, daß die Abzüge eingestellt worden wären, bis das Schiedsgericht endgültig entschieden hätte. Herr Rudolf, so heisst der neue Mann, dachte anders. Er nahm weitere Abzüge vor, kündigte zwei Fertigmachern, ließ sich sogar nach den uns gewordenen Informationen zu Drohungen hinreissen und schlug damit dem Haß den Boden aus. Am Sonnabend, den 26. April, war es plötzlich recht einsam um Herrn Rudolf geworden. Das Personal hatte vorgezogen, die Arbeit ruhen zu lassen, um Herrn Rudolf einmal Gelegenheit zu geben, wirklich ernste Arbeit selber zu liefern. Ob er sich in der Tat nach dieser Richtung bemüht hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls wäre ein solches Bemühen recht lobenswert und auch recht lehrreich gewesen. Im Laufe des Vormittags kam es dann zu Verhandlungen mit der Geschäftsleitung, in welcher die einschlägigen Verhältnisse einer eingehenden Erörterung unterzogen und schließlich auch eine Einigung herbeigeführt werden konnte. Am Nachmittag desselben Tages richteten sich wieder fleißige Arbeiter- und Arbeiterinnenhände im Betriebe und machten der peinlichen Ruhe vom Vormittag ein Ende. Wir hoffen sehr, daß sich Herr Rudolf dieses Vorkommnis eine Lehre sein läßt, inwieweit es nicht ausgeschlossen ist, daß solche Differenzen auch einmal einen bedeutend ernsteren Charakter annehmen können, als es diesmal der Fall war. Im übrigen sind wir ihm nicht böse, denn wir buchten 30 Neuaufnahmen noch extra.

**Frankfurt a. M.-Ostenbach.** Aus dem in der Versammlung vom 12. April erstatteten Bericht des Vorsitzenden ergab sich, daß der Mitgliederbestand im 1. Quartal bei 30 Neuaufnahmen nur um 10 auf 180 erhöht wurde. Es fanden 2 Mitgliedsversammlungen, eine General- und 2 öffentliche Versammlungen statt. In letzterer referierte Zinke-Leipzig. Die Einführung des neuen Tarifes in den Offenbacher Buchbindereien vollzog sich ohne besondere Schwierigkeiten. Der Minimallohn beträgt dort 27 Mk. für Gehilfen

und 14 Mk. für Arbeiterinnen. Ein an den Vorstand des Offenbacher Buchdrucker-Verbands gerichteter Schreiben wurde von diesem nicht beantwortet. Ansehend sind gegen die „tariffremden“ Trudereibesitzer noch schärfere Massnahmen notwendig, bis diese sich zu einem Tarifabschluß herbeilassen. Verhandlungen mit Unternehmern machten sich drei notwendig, davon zwei mit Kartonnagenfabrikanten wegen schlechter Behandlung. In einem Falle kam es zu einem 3/4stündigen Streit der Arbeiterinnen, weil der Fabrikant einer Kollegin eine Ohrfeige verabfolgte. Die Arbeitsniederlegung hatte eine erzehrerische Wirkung und sind uns weitere Beschwerden aus diesem Betriebe nicht mehr zugegangen. Im allgemeinen läßt die Behandlung in den Frankfurter wie Offenbacher Kartonnagenfabriken alles zu wünschen übrig. Wie das obige Vorkommnis zeigt, ist es den Kartonnagenarbeitern und -arbeiterinnen daher nur durch den Anschluß an den Buchbinderverband möglich, die Fabrikanten zu einer anständigen Behandlung zu zwingen.

Der Kassenbericht ergab für die Verbandskasse 3105,33 Mk. Einnahme und 2546,20 Mk. Ausgabe. Beim Arbeitsnachweis meldeten die Unternehmer 32 offene Stellen für Arbeiter und 18 für Arbeiterinnen. Bejezt wurden 24 bezw. 8.

Heber die bevorstehende Gewerbeamtswahl referierte unser langjähriger Beisitzer Hünse. Er forderte uns, dahin zu wirken, daß nur die Liste des Gewerkschaftskartells gewählt werde.

Eine unangenehme Aufgabe hatte die Versammlung noch, indem sie sich mit den unartfischen Verhältnissen einer sogenannten „tariffreuen“ Firma beschäftigen mußte. Die Buchdrucker Hermann Grünbaum u. Co., Mitglied der Tarifkommission, ist es, welche der tariflichen Ordnung Gewalt antut. Bereits im Vorjahre mußten wir uns mit der Firma beschäftigen. Sie tat damals sehr entrüstet, als wir auf unserem Wochenblatt die Wahrheit schrieben. Schließlich sollte damals die Buchhalterin die Sünderin sein. Die Geschädigten sind in der Hauptsache zugereichte, ausländische Vorhän, die durch den israelitischen Hilfsverein durchgehend werden oder Arbeiterinnen, die als Anfängerinnen von unferem Tarif keine Ahnung haben und mit einem „Lohn“ von 6 Mk. pro Woche abgebeißt werden. Von der bei den Tarifverhandlungen so oft zugesagten „wohlwollenden“ Auslegung des Tarifes ist keine Spur zu merken. Auch die Heberitendenzschläge entsprechen nicht dem Tarife. Wir bitten deshalb unsere Kollegen, bei Arbeitsangeboten dieser Firma recht vorsichtig zu sein.

Klagen kommen auch über die Firma Jafob u. Alfred Mayer. Schlechte Behandlung und geradezu miserabile Bezahlung für Papiermengen sind hier der Anlaß. Die Firma hat einen geprüften Meister, wodurch ihr das Halten von Lehrlingen gestattet ist. Dabei ist sie gar nicht in der Lage, die jungen Leute auszubilden, da ihr die entsprechenden Arbeiter fehlen. Jedenfalls ist auch dieser Firma gegenüber Vorsicht ganz am Platze.

**Dannover.** In unserer am 18. März stattgefundenen Generalversammlung erstattete Goppert den Geschäftsbericht. Aus demselben geht hervor, daß sich der Geschäftsgang im verfloffenen Quartal etwas gehoben hat. Trotzdem hat sich der Mitgliederbestand nur von 905 auf 907 Mitglieder erhöht, obwohl 53 Neuaufnahmen zu verzeichnen sind. Goppert sprach sich in scharfen Worten die Laubheit der Mitglieder, welche auch an dem schlechten Versammlungsbefuch zu erkennen war. Er rügt auch die Nachlässigkeit der Vertrauenspersonen, von denen ein Teil in allen Sitzungen durch Abwesenheit glänze. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 6 Vorstand- und 2 kombinierten Sitzungen. Es fanden ferner statt eine General-, 2 Mitglieder-, 2 Limier- und 2 Werkstüberversammlungen. Der Kassenbericht wurde in Abwesenheit des Kollegen Hornader ebenfalls von Goppert erstattet. Die Verbandskasse schloß in Einnahme und Ausgabe mit 5769,95 Mk. ab. In der Lokalkasse hatten wir eine Einnahme von 3260,27 Mk. und eine Ausgabe von 1296,04 Mk. Der Kassenbestand beläuft sich somit auf 1970,25 Mk. Der Arbeitsnachweis ist im verfloffenen Quartal reger in Anspruch genommen. Es wurden an Orte 30 Stellen angemeldet, von diesen konnten 27 bejezt werden. Von auswärts wurden 18 Stellen angemeldet, von diesen wurden 7 bejezt.

Zur Beratung der Anträge zum Verbandstag sowie zur Auffüllung der Delegierten soll eine außerordentliche Mitgliederversammlung abgehalten werden. Nach einem Appell des Vorsitzenden, diese außerordentliche Versammlung zahlreich zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Potsdam-Varnaves.** Am 19. April tagte unsere fällige Generalversammlung, die von den weiblichen Mitgliedern besser besucht hätte sein können, während unsere Kollegen zahlreich erschienen waren. Aus dem Geschäftsbericht des Kollegen Sieg ging hervor, daß unsere Zahlstelle am Schluß des ersten

Quartals einen Mitgliederbestand von 75 hatte. Während bei den weiblichen Mitgliedern ein Rückgang stattgefunden hat, der in dem teilweise schlechten Geschäftsgang zu suchen ist, ist bei den Kollegen erfreulicherweise ein Zuwachs zu verzeichnen, so daß jetzt 32 Kollegen unserer Zahlstelle angehören. Gerade die Kollegen aus den Kleinbetrieben, von denen wir wenig Hoffnung hatten, sie jemals für uns zu gewinnen, haben sich in unsere Reihen gestellt. Mit Ausnahme von ein bis zwei „Mutterföhen“ und einigen älteren Kollegen, welche nicht mehr organsationsfähig sind, gehören jetzt alle Kollegen unserem Verband an. Wir sehen also, wenn jedes Mitglied seine Pflicht tut und die Agitationskommission ihre Arbeit ernst nimmt, noch immer Erfolge bei der Agitation zu erzielen sind. Soffentlich steigert sich noch in Anbetracht der bevorstehenden Lohnbewegung die Arbeitsfreude der Mitglieder zur Agitation, so daß wir dem Ablauf unseres Tarifes in Ruhe entgegengehen können. Die Versammlungen waren durchschnittlich von 28 Mitgliedern besucht. Mehrere Veranstaltungen, so die Beschäftigung der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg, hätten eine bessere Beteiligung aufweisen können. Aus dem Kassenbericht des Kollegen Ziemann war zu ersehen, daß unsere Lokalkasse einen Bestand von 224,12 Mk. hat.

Am den Bericht vom Goutag, erstattet von Henning, schloß sich eine längere Debatte über den Verbandstag an, worin zum Ausdruck kam, daß man sich in manchen Punkten mit dem Referat Würzbergers nicht einverstanden erklären kann, während die Ausführungen Nigers über: „Wert und Nutzen der Arbeitsnachweise“ Zustimmung fanden. Erfreulicherweise benutzten auch hier die Mehrzahl der Arbeitgeber immer mehr den Gauandweis oder den paritätischen in Berlin, während einige der Herren glauben, sich etwas zu vergeben, wenn sie Einrichtungen benutzen, welche mit Hilfe der Arbeiterhände gekommen sind und die lieber ihr Geld wochenlang für Inzerate in Lokalkassen opfern, die von aufgeklärten Arbeitern nicht gelesen werden. Die Auffstellung des Gauobermachtigten Lemmer zum Delegierten zum Verbandstag wurde gutgeheissen.

Unsere Versammlungen finden in Zukunft nur noch im Potsdam im „Friedrichsgraben“ statt. Zu der 1914 stattfindenden Internationalen Graphischen Ausstellung in Leipzig wurde eine Reisefasse gegründet und zur regen Benutzung empfohlen. Zum Bezirkskassierer für die „Volkshilfe“ wurde König gewählt. Die nächste Versammlung findet mit Rücksicht auf die Delegiertenwahl zum Verbandstag am 17. Mai statt und rechnen wir mit einem besseren Besuch der weiblichen Mitglieder.

**Berlin.** Am 22. April beschäftigte sich die Geschäftsbuchbranche in ihrer Versammlung mit den Aufgaben des Verbandstages. Hornader referierte. Er behauerte, noch nicht im Besitze der Anträge zu sein. Erst nach Kenntnis derselben ließe sich ein ausgiebiges Referat über die Aufgaben des Verbandstages halten. Im weiteren Verlauf der Ausführungen zeichnete Redner in allgemeinen Umrissen die Aufgaben des Verbandstages.

In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß es angängiger sei, eine allgemeine Erhöhung der Beiträge durchzuführen, als wie eine Verschlechterung beim Wiederbezug der Arbeitslosenunterstützung. Als Kandidaten zum Verbandstag wurden Czerny und Klar einstimmig nominiert.

Aus dem Bericht der Branchenleitung, den Klar erstattete, ging hervor, daß im ersten Quartal sehr viel Branchemitglieder von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden. Werkstättenungen fanden 14 statt, ferner 2 Sitzungen des Schlichtungsausschusses, 4 Delegiertenitzungen, 5 Sitzungen der Branchenleitung und eine Branchenversammlung. Verhandlungen mit einzelnen Unternehmern 3. Klar klagte über die mangelhafte Zurücklieferung der statischen Fragebogen und forderte zur regen Teilnahme an den Versammlungen der Zahlstelle auf.

**Berlin.** Album - Mappen- und Galanteriebranche. Die am 24. April abgehaltene Branchenversammlung beschäftigte sich zunächst mit den Anträgen der Zahlstelle Berlin zum Verbandstag, über die Hoffmann referierte. Nach der Diskussion, an der die Kollegen Sauer, Schulze, Freudenreich, Träger und andere teilnahmen, sollen sich die zu wählenden Delegierten gegen jede Verschlechterung der Unterstützungsleistungen wenden, event. einer Erhöhung der Beiträge für die 1. und 2. Klasse zustimmen. Darauf wurden, nachdem Sauer eine Kandidatur entschieden ablehnte, Hoffmann und Hill als Kandidaten der Branche aufgestellt.

Unter „Branchenangelegenheiten“ berichtete Hoffmann über die Vorgänge bei Vlot u. Co. (siehe Bericht in der „Buchbinder-Zeitung“ Nr. 18). Die am 23. April tagende Schlichtungskommission fällt in dieser Sache folgende Urteile: Der Deutsche Buchbinder-Verband hat 20 Mt. Strafe zu zahlen, da er die neuangelegten vier Presserinnen ohne Anrufen

der Schlichtungskommission veranlaßt hat, den Vertrieb zu verlassen. Die Firma Blos u. Co. kann...

Krefeld. In der Generalsversammlung (vom ?? D. M.) wurde Schneider an Stelle unseres langjährigen Kassierers Lehmann, der seinen Posten infolge Krankheit niederlegte, gewählt.

München. (Berichtigung.) In Nr. 16 der „Buchbinder-Zeitung“ ist im Bericht über den Gantag der Gau 16/17 der Satz enthalten, daß Kollege...

Kauf in seinem Schlafport über „Agitation“ betont hat, daß ich anfangs mit der, gegen die Verwaltung und Agitationskommission gearbeitet habe.

W. Kloiber.

Abrechnungen

vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 29. April bei der Verbandskasse ein: Von Berlin mit 25 182,75 Mtl., Ludenwalde 784,90 Mtl., Gau II 200 Mtl., Gau V 700 Mtl., Nienburg 90 Mtl., Bielefeld 1084,93 Mtl., Detmold 79,40 Mtl., Hannover 286,60 Mtl., Halle 397,20 Mtl., Aachen 300 Mtl., Barmen-Eberfeld 1050,- Mtl., Düsseldorf 990,98 Mtl., Herborn 80 Mtl., Lützenich 115,07 Mtl., Mülheim-Eberhausen 51,82 Mtl., Remscheid 180 Mtl., Gau XII 409,54 Mtl., Burgstädt 224,31 Mtl., Grimma 100 Mtl., Plauen 600 Mtl., Gau XIII 100 Mtl., Heilbronn 600 Mtl., Karlsruhe 300 Mtl., Kronitz 125 Mtl., Pforzheim 1250 Mtl., Gau XVI --, Mtl., Rüttenberg-Nüch 600 Mtl. und von Kaufbeuren mit 130 Mtl.

Noch nicht abgerechnet haben: Gau I, Brandenburg, Gau III, Stettin, Katowitz, Posen, Aschersleben, Magdeburg, Gau VIII, Herford, Hildesheim, Kassel, Gau IX, Kolda, Anstalt, Erfurt, Gotha, Osterfeld, Saalfeld, Sonneberg, Gau X, Vonn, Esfen, Koblenz, M.-Glabbach, Solingen-Wald, Gießen, Mainz, Wiesbaden, Annaberg-Buchholz, Heidelberg, Kandel und Augsburg. G. Dauter.

Adressenänderungen.

Vertikale Bevollmächtigte.

Karlsruhe. H. Rother, Luisenstr. 48 & III.

Unterstützungs-Auszahler.

Neuwied. E. Schang, Neuwied 11, Neue Mittelstraße 20.

Gau 6/7.

Am Sonntag, den 11. Mai (1. Pfingsttag), morgens 9 1/2 Uhr, in Schwerin i. M., im Restaurant Steinhäuser, Lübder Straße 33, Gantag.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Geschäftliche Darlegungen über die Entwicklung des Buchbinderverbandes. Referent: W. Garder, Berlin. 3. Die Lohnbewegungen und Agitation im Gau. Referent: Fr. Müller, Hamburg. 4. Der bevorstehende Verbandstag in Stuttgart. 5. Erledigung der Anträge.

Die Delegierten und Gäste ersuchen wir, ihre Ankunft, sowie ob Nachtquartier gewünscht wird, an den Bevollmächtigten, Kollegen E. Boldt, Schwerin i. M., Moonstr. 17, bis zum 5. Mai mitzuteilen. Am Sonnabend abend und Sonntag vormittag wird das Empfangskomitee, erkenntlich an der „Buchbinder-Zeitung“, am Bahnhof anwesend sein. Zu Ehren der Gäste veranstaltet die Zahlstelle Schwerin am Sonnabend abend einen Kammers; am 1. Pfingsttag nach Schluß der Verhandlungen, Spaziergang durch die Stadt und den Schlossgarten. Am 2. Pfingsttag morgens Dampferfahrt auf dem Schweriner See, bis zu Fähre. Spaziergang über Müß, Zippendorf nach Schwerin. Nachmittags Ausflug in die nähere Umgebung. Der Gauvorstand.

Briefkasten.

An unsere Schriftführer und Mitarbeiter! Der Pfingstfestes wegen muß Nummer 21 der „Buchbinder-Zeitung“ früher abgeschlossen werden. Anspruch auf Aufnahme in die Nummer 21 haben nur die Zuschriften, die bis zum Sonnabend, den 10. Mai, früh, in unserem Besitz sind.

Literarisches.

Deutscher Gesichtskalender. Märznummer, enthaltend: Mitarbeiterverlage, Werbebeitrag und die öffentliche Meinung. Preis 80 Pf. Verlag Felix Weiner, Leipzig.

ANZEIGEN

Hamburg-Altona. Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere langjährigen Mitglieder Karl Meyer aus Harburg, und E. Rolfo aus Hamburg, verstorben sind. Ihre ihrem Andenken. Die Ortsverwaltung.

Unsern lieben Kollegen Frh Richter zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Zahlstelle Bismarck.

Unserer lieben Kollegin Berta Thater nebst Bräutigam die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Zahlstelle Conbus.

Unsern lieben Kollegen Franz Spendlowski zur beabsichtigten Meisterprüfung die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Fa. Katolik, Weihen, D.-Schl.

Unserem lieben Kollegen Rudolf Ebert und seiner lieben Braut Kollegin Frieda Freudenberg zur Vermählung ein donnerndes Lebenshoch sowie die besten Glück- und Segenswünsche. Die organisierten Kollegen und Kolleginnen von Wügelin und Umgegend.

Zahlstelle Berlin. Freitag, den 9. Mai d. J., abends 8 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelseufer 15: Ordentl. Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1913. 2. Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag in Stuttgart. 3. Beratung der Anträge zum Verbandstag. 4. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung. Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung! Jugend-Abteilung. Achtung! 1. und 2. Pfingstfeiertag: Partie nach der Ruppiner Schweiz — Rheinsberg — Fürstenberg Fahrgeld 3,- Mtl. Die Teilnehmer werden ersucht, zu einer Besprechung am Dienstag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, im Bureau, Engelseufer 15 II, Zimmer 39/40, zu erscheinen. Um recht rege Beteiligung der jugendlichen Kolleginnen und Kollegen bittet Der Jugend-Ausschuß.

Unserem lieben Kollegen und Mitbegründer der Zahlstelle Baptist Waal nebst seiner lieben Braut Fel. Maria Krämer zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Zu seiner Abreise nach Fürth ein herzliches Lebenshoch. Zahlstelle Erlangen.

Inserate finden nur Aufnahme, wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.

Buchbinderei, Buch- u. Papierhandlung sof. preisw. per Kassa zu verkauf. in Nudorf (S.-M.), einzige am Orte. H. Lorenz, Limbach, Delsenstr. 21 a, Kartongeschäft.

Für Buchbinder! In Mannheim ein gutgehendes Papier- und Schreibwarengeschäft umständehalber günstig zu verkaufen. Offerten erb. an Siegfried Dirck, Mainz.

Schneidepräger, vollkommen selbständiger Arbeiter, verfiert in der Fabrikation von Plakaten in Schneidmasch. und Hochprägung, perfekter Matrizenmacher, wird von einer Prägeanstalt in Böhmen per sofort angenommen. Offerte mit Angabe der Lohnansprüche und bisheriger Tätigkeit unter „Tätiger Präger“ an die Exped. d. Blattes.

Ein schöner, großer, neuer Laden, evtl. mit Wohnung, an einer verkehrsreichen Straße in Werda, Sa., wo ein Buchbinder Bedürfnis ist, preiswert zu vermieten. Offerten unter G. N. 175 an die Expedition erbeten.



Othwinckler. Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder O. Th. Winckler, Leipzig